

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 09.12.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Umgestaltung des Latumer Sees" Vorlage: BJ/1438/2021	5
3 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Neuasphaltierung des Dreispitzwegs" Vorlage: BJ/1442/2021	5
4 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Lolli-Tests" Vorlage: BJ/1449/2021	5
5 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten	5
6 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz; Krisenmanagement in Meerbusch Vorlage: FB1/0524/2021	6
7 Brandschutzbedarfsplan 2021 - 2026 Vorlage: FB1/1445/2021	6
8 Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld / Meerbusch Vorlage: BJ/1418/2021	7
9 Gebührensatzung für Standesamtsleistungen Vorlage: FB1/1433/2021	9
10 Haushalt 2022	10
10.1 Lesung des Haushalts 2022 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste	10
10.2 Lesung des Haushalts 2022 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat	16
11 Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung des Vorsitzenden Vorlage: ZD/1444/2021 ...	23
12 Anträge	23
13 Anfragen	23

13.1	Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2021 bzgl. Umsetzung Klimaresolution Vorlage: BJ/0177/2021	23
13.2	Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2021 bzgl. Besetzung offener Stellen Vorlage: BJ/0178/2021	23
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	25
15	Termin der nächsten Sitzung: 10. Februar 2021	25
16	Verschiedenes	25

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, AulaEs gilt die 3G-Regel!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Fabian Hasebrink

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dieter Jünckerkes Ratsmitglied Vertretung für Frau Nicole Niederdellmann-Siemes

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jürgen Peters

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Alexander Bolten Service Finanzen

Frau Birgit Hülsers Service Zentrale Dienste

Herr Jens Kox Service Finanzen

Frau Claudia Müllejangs Gleichstellungsbeauftragte

Herr Wolfram Olbertz Zentrale Dienste

Frau Franziska Salomon Ratsbüro

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro des Bürgermeisters und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent des Bürgermeisters

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter abwesend ab TOP 13.2

Herr Ulrich Mombartz
Herr Christian Volmerich

Vorsitzender Personalrat
Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Hasebrink
Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers alle Anwesenden.

Er weist darauf hin, dass der unter TOP 4 zur Beratung stehende Bürgerantrag nach §24 GO bzgl. der Einführung von Lolli-PCR-Tests in den Kindertageseinrichtungen durch die Petenten zwischenzeitlich zurückgezogen worden sei, nachdem die Verwaltung die Einführung der Tests bereits anberaumt habe. Der TOP entfalle entsprechend.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Umgestaltung des Latumer Sees" Vorlage: BJ/1438/2021

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Antrag „Umgestaltung des Latumer Sees“ an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Neuasphaltierung des Dreispitzwegs" Vorlage: BJ/1442/2021

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Antrag „Neuasphaltierung des Dreispitzwegs“ an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW bzgl. "Lolli-Tests" Vorlage: BJ/1449/2021

Der Antrag wurde im Vorfeld der Sitzung durch die Petenten zurückgezogen.

5 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten

Die neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadtverwaltung Meerbusch, Frau Claudia Müllejans, stellt sich dem Ausschuss vor und führt zu ihrem Lebenslauf, ihrem Werdegang in der Verwaltung sowie ihren Motiven und Zielen als Gleichstellungsbeauftragte aus.

6 Bevölkerung- und Katastrophenschutz; Krisenmanagement in Meerbusch **Vorlage: FB1/0524/2021**

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Informationsvorlage aus.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Ratsfrau Niegeloh begrüßt die Schaffung und Besetzung einer neuen Stelle für den Katastrophenschutz im Fachbereich 1 und regt an, dass auch die Feuerwehr weitergehend in die Warninfrastruktur der Stadt einbezogen werden solle. Sobald etwa eine Einsatzbereitschaft aufgrund drohender Unwetter o.ä. hergestellt würde, sollte auch die Bevölkerung entsprechend gewarnt werden.

Ratsherr Denecke regt an, auch freiwillige Wehrdienstleistende im Heimatschutz bei Unwetterereignissen einzubeziehen.

Erster Beigeordneter Maatz führt hierzu aus, dass sowohl die Alarmierung der Einsatzkräfte wie auch mögliche lokale Warnungen über die bestehenden Infrastrukturen auf Landes- und Bundesebene hinaus zentral über die Leitstelle des Rhein-Kreises Neuss erfolgten. Eine separate Warnung der Bevölkerung über die Feuerwehr sei daher nicht möglich und zielführend. Der Einsatz von Wehrdienstleistenden im Heimatschutz werde durch den Krisenstab des Rhein-Kreises Neuss koordiniert.

7 Brandschutzbedarfsplan 2021 - 2026 **Vorlage: FB1/1445/2021**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Beschlussfassung über den Brandschutzbedarfsplan 2021 – 2026 in der Fassung vom 26.11.2021 sowie die Verwaltung zu beauftragen, nach Erstellung der noch fehlenden Unterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf den notwendigen Antrag auf eine Ausnahme nach § 10 BHKG zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses zur Zukunft der Feuerwehr.

Ratsherr Jörgens kündigt einen Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU und FDP für die Sitzung des Rates am 16.12.2021 an.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag abstimmen..

8 Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld / Meerbusch Vorlage: BJ/1418/2021

Beschluss:

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der in der Ratssitzung am 01.09.2020 zur Vorlage BM/1205/2020 gefasste Beschluss zur Beauftragung der Verwaltung mit der Fortführung der Planungen für das Interkommunale Gewerbegebiet Krefeld / Meerbusch in den dort genannten Bereichen wird bestätigt und zeitnah umgesetzt.

Alternative:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die in den Ratssitzungen am 04.07.2018 und 01.09.2020 zur Entwicklung eines Interkommunalen Gewerbegebietes mit Krefeld gefassten Beschlüsse werden aufgehoben. Die Planungen für das Interkommunale Gewerbegebiet werden nicht weiterverfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Planungen zur alleinigen Entwicklung von Gewerbeflächen durch die Stadt Meerbusch zu prüfen und den zuständigen Gremien zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	2	16	

Der Beschlussvorschlag ist somit abgelehnt.

Alternative:

Zu 1.:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16	2	

Zu 2.:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	10	8	

Die Alternative ist somit mit Ziffern 1 und 2 angenommen.

Weitere Abstimmungen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Alternative, Ziffer 2

Von der Prüfung der alternativen Entwicklung eines Gewerbegebietes im Bereich „Bundenrott“ in Strümp wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
Die Fraktion			1
Bürgermeister		1	
Gesamt	5	12	1

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bürgermeister Bommers führt zur Historie der Beratungen und Beschlüsse rund um die Entwicklung eines Interkommunalen Gewerbegebietes (IKG) mit der Stadt Krefeld aus. In den vergangenen Monaten sei deutlich geworden, dass sich die politischen Zweifel an einer zeitnahen und sachgerechten Umsetzung nährten. Aus diesem Grund seien Workshops mit Vertretern von NRW.Urban durchgeführt worden, die diese Zweifel jedoch nicht vollständig ausräumen konnten. In den weiteren Bera-

tungen der Fraktionen sei dann offensichtlich geworden, dass es keine politische Mehrheit zur Fortführung des Projektes gebe.

Die Verwaltung schlage daher neben der Fortführung der Planungen gemäß den bestehenden Beschlüssen auch alternativ die Aufhebung dieser Beschlüsse vor. Aufgrund der Dringlichkeit zur Schaffung neuer Gewerbeflächen solle die Verwaltung in diesem Fall beauftragt werden, alternative Möglichkeiten zu prüfen und zur Beratung vorzulegen.

Ratsherr Damblon führt aus, dass sich die Voraussetzungen zur Umsetzung des IKG in den Jahren der Verhandlungen geändert hätten, sodass die Möglichkeit einer zielgerechten Umsetzung nicht mehr erkennbar sei. Es solle daher eine alternative eigenständige Entwicklung forciert werden – nicht zuletzt aufgrund der dabei schnelleren Realisierungsmöglichkeiten.

Ratsfrau Niegeloh äußert ihre Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag hinsichtlich der Beibehaltung der Ratsbeschlüsse und der Fortführung der Entwicklung des IKG. Viele Grundsteine seien hierzu bereits gelegt worden, eine Rolle rückwärts hin zu einer alternativen Entwicklung sei nunmehr deutlich langwieriger. Dies sei vor dem Hintergrund der Dringlichkeit neuer Gewerbeflächen nicht hinnehmbar.

Ratsfrau Dr. Schomberg führt aus, dass das IKG seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu keiner Zeit für sinnvoll erachtet worden wäre. Die Aufhebung der zugehörigen Beschlüsse sei daher sinnvoll. Sie beantragt, in der möglichen Betrachtung von Alternativen die Flächen im Bereich „Bundenrott“ in Strümp außer Acht zu lassen.

Ratsfrau Glasmacher begrüßt die Aufhebung der Planungen zum IKG, da damit übermäßige Versiegelungen im Bereich hochwertiger Böden für die Landwirtschaft vermieden würden.

Ratsherr Jörgens erkundigt sich, ob für den Fall der Aufhebung der Beschlüsse zum IKG noch Verträge mit NRW.Urban zu kündigen wären. Dies wird durch Herrn Bürgermeister Bommers verneint.

Ratsherr M. Becker beantragt die getrennte Abstimmung über die Absätze in der Alternative zum Beschlussvorschlag. Dem wird zugestimmt.

9 Gebührensatzung für Standesamtsleistungen **Vorlage: FB1/1433/2021**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat Satzung für die Amtshandlungen des Standesamtes Meerbusch nach dem Personenstandsgesetz (Gebührensatzung Standesamt) sowie die Übersicht über die Höhe der Gebührentarife zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Dr. Schomberg erkundigt sich ob die Erhöhung der Gebühren sozialverträglich sei.

Erster Beigeordneter Maatz führt hierzu zu den Inhalten der Vorlage aus und erläutert, dass die derzeitigen Gebührensätze im interkommunalen Vergleich unter dem Durchschnitt lägen. Bei der Anpassung sei die Sozialverträglichkeit der neuen Gebührensätze berücksichtigt worden.

10 Haushalt 2022

10.1 Lesung des Haushalts 2022 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltsansätze der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2022 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			4
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	12		6

Bürgermeister Bommers erläutert, dass zunächst die Beratung und Beschlussfassung zu den Ansätzen des Haushaltes erfolge, die den Hauptausschuss als Fachausschuss betreffen. Dies umfasse die Produkte des Vorstandes, des Fachbereiches Bürgerbüro, Sicherheit und Ordnung sowie den Servicebereich Zentrale Dienste, das Büro des Bürgermeisters und Justizariat, die Wirtschaftsförderung und den Servicebereich Finanzen.

Die jeweils vorliegenden Veränderungslisten werden in die Beratungen einbezogen.

Sodann erfolgt zunächst die Beratung und Abstimmung der vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen sowie im Anschluss der einzelnen Produktbereiche.

Produktbereich 010, Innere Verwaltung

Produkt 010 111 010: Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat

Nr. 10.1-1 Antrag der SPD-Fraktion

Konto 54920000 Fraktionszuwendungen

Erhöhung des Ansatzes um 7.750 € auf 85.100 €

Ratsfrau Niegeloh führt zum Inhalt des Antrages aus. Die allgemeinen Preissteigerungen bei den Mietkosten betreffen alle Fraktionen, eine Erhöhung um 10% sei angemessen. Würde dem Antrag nicht zugestimmt, müssten die SPD-Fraktionsmitglieder die Arbeit ggfs. per Spende finanzieren

Ratsherr Damblon erklärt, dass eine Zustimmung nicht gegeben werde, da zu Beginn der Legislaturperiode ein auskömmlicher Betrag durch den Rat festgelegt worden sei. Außerdem sei dies ein falsches politisches Signal in Zeiten einer notwendigen Haushaltskonsolidierung.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produkt 010 111 100 Finanzmanagement

Nr. 10.1-2, Antrag der SPD-Fraktion

Nr. 10.1-3 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Konto 52910000 Aufwendungen f. sonstige Dienstleistungen

Erhöhung des Ansatzes um 35.000,- € auf 100.000 € in 2022 zur Prüfung der Gründung einer städtischen Grundstücksgesellschaft

Ratsherr Jüngerkes führt zu den Inhalten des Antrages aus. Sowohl für die Entwicklung neuer Gewerbegebiete als auch für den Wohnungsbau würden Grundstücke benötigt. Aufgrund der damit einhergehenden Investitionen sowie der vergaberechtlichen Vorgaben solle daher geprüft werden, inwiefern die Gründung einer städtischen Grundstücksgesellschaft sinnvoll sei.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt ihre Zustimmung, den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Nr. 10.1-3 zur Konkretisierung der Inhalte und Ziele der Prüfung sowie der möglichen Gesellschaft gemeinsam mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung zu stellen.

Ratsherr Damblon erklärt, dass beide Anträge abgelehnt würden. Da inzwischen nicht mehr viel frei verfügbare städtische Fläche vorhanden sei, erscheine die Gründung einer solchen Gesellschaft nicht sinnvoll. Ggfs. sei das Thema Erbpacht bei der Vergabe und Vermarktung städtischer Grundstücke sinnvoll, hierfür benötige es jedoch keines externen Gutachtens.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG		1	
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	11	

Die Anträge sind somit abgelehnt.

010 111 140 Technisches Gebäudemanagement

Nr. 10.1-4 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Maßnahme 7.01012134 – 78510000 Neubau Gerätehaus Osterath

Streichung des Ansatzes von 250.000 € in 2022, Einplanung im Finanzplanungszeitraum der Gesamtmaßnahme als VE

Ratsfrau Neukirchen führt zum Antrag aus. Die Verzögerungen beim Ausbau der Bahnunterführung führten dazu, dass der Bau des Gerätehauses für den Löschzug Osterath zeitlich nicht weiter prognostiziert werden könne, der Ansatz solle daher in eine Verpflichtungsermächtigung umgewandelt werden

Ratsherr Damblon führt aus, dass dies ein falsches politisches Signal sei. Auch wenn Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Planungen bestünden, sollten die Mittel weiterhin bereitstehen.

Ratsherr Jüngerkes weist darauf hin, dass eine weitere Steigerung der Baupreise zu erwarten sei, daher sei eine zeitnahe Realisierung sinnvoll.

Ratsherr M. Becker führt aus, dass die Mittel im kommenden Jahr faktisch nicht ausgegeben werden könnten. Er regt daher an, eine andere Summe als Planungsmittel bereitzustellen.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	12	

Veränderungsliste zum Produktbereich:

Ratsfrau Niegeloh nimmt Bezug auf die eingestellten Mittel für eine Organisationsuntersuchung. Der Vorlage zum Stellenplan sei ihrer Ansicht nach zu entnehmen, dass diese Untersuchung zur Verhinderung neuer Stellen führen solle. An vielen Stellen sei erkennbar, dass Personal benötigt würde. Wenn diese Untersuchung nur Personaleinsparungen zur Folge habe, sollte sie in dieser Form nicht durchgeführt werden.

Bürgermeister Bommers stellt klar, dass die Stellenanforderungen der Bereiche das mögliche Maß bei Weitem überstiegen, daher solle zunächst die Organisationsuntersuchung hinsichtlich der konkreten Stellenbedarfe abgewartet werden. Der Stellenplan für 2022 sehe in diesem Zusammenhang zunächst nur die dringendsten Bedarfe vor. Von einer Verhinderung oder Einsparungen im Personalbereich sei keine Rede.

Produktbereich 020, Sicherheit und Ordnung

020 122 010 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Nr. 10.1-5 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Konto 45610000 Bußgelder

Erhöhung des Ansatzes um 100.000,- € in 2022 und 2023 auf je 409.000,- €

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) nach der diesjährigen Personalstärkung weiter ausgebaut werde und Kontrollen daher forciert werden könnten. Die Verwaltung habe den Ansatz daher von 200.000,- € auf 300.000,- € erhöht. Dies fuße auf Erfahrungen der letzten Jahre, könne jedoch nur eine Prognose darstellen

Ratsherr Damblon führt aus, dass dies nach Aussage der Verwaltung ein realistischer Ansatz sei, daher werde der Antrag angelehnt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	5	13	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 10.1-6 Antrag der SPD-Fraktion

Konto 52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Erhöhung des Ansatzes zur Rattenbekämpfung um 38.000,- € in 2022

Ratsfrau Niegeloh führt zum Antrag aus.

Ratsfrau Dr. Schomberg erörtert, dass Ratten durch Müll angezogen würden. Daher solle besser eine Kampagne zur Vermeidung von Müll anberaumt werden anstatt mehr giftige Rattenköder auszulegen

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Veranschlagung der Mittel sachgerecht erfolgt und entsprechend auskömmlich sei.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produktbereich 100, Bauen und Wohnen, S. 511**Produkt 100.521.020 Denkmalpflege**Nr. 10.1-7 Antrag des Rats Herrn Rettig

Konto 78210000 Erwerb von Grundstücken

Ansatz von 1.000.000,- € in 2022 zum Kauf des Areals Haus Meer

Ratsherr Jörgens führt aus, dass die FDP den Antrag im Grundsatz unterstütze, jedoch verschiedene wesentliche Aspekte zu berücksichtigen seien. Dies seien u. a. die Sicherstellung der haushalterischen Handlungsfähigkeit für einen Erwerb auch ohne einen zusätzlichen Haushaltsansatz, die Herkunft dieser Mittel in solch einem Fall sowie mögliche Regelungen hinsichtlich der Erfüllung der Parkpflege und des Denkmalschutzes durch den privaten Eigentümer.

Kämmerer Volmerich und Bürgermeister Bommers erläutern hierzu, dass ein Erwerb grds. nur mit einem entsprechenden Haushaltsansatz möglich sei, eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung, etwa aus dem Budget der für Grundstückserwerbe, sei nur bei rechtlicher oder sachlicher Unabweisbarkeit gegeben. Die Verwaltung stehe in Kontakt zum Eigentümer, u.a. hinsichtlich des Denkmalschutzes und der Parkpflege. Dieser Kontakt sei bislang kooperativ, aktuell sei seitens der Verwaltung eine Prüfung der Einhaltung des Denkmalschutzes in der kommenden Woche beabsichtigt. Es bestehe Einvernehmen, das Gelände für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ratsherren Damblon und Jörgens erörtern, dass die Fraktionen CDU und FDP ggfs. in den nächsten Sitzungen des Kulturausschusses Vorschläge zum weiteren Vorgehen per Antrag einbringen wollten. Daher werde dem vorliegenden Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefolgt.

Ratsfrau Dr. Schomberg führt aus, dass der Antrag unterstützt werde, da alle bisherigen Planungen von Privaten überdimensioniert seien.

Ratsherr Jüngerkes erläutert seine Ablehnung des Antrages. Es sei jedoch sinnvoll, dass politisch „Schwung“ in die Diskussionen zu bringen sei. Er weist zudem darauf hin, dass öffentliche Diskussionen über Grundstückskäufe nicht gewünscht seien.

Ratsherr Damblon ergänzt, dass das Grundstück für einen Erhalt wirtschaftlich genutzt werden müsse. Kompromissmöglichkeiten hierzu seien sicherlich vorhanden.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG		1	
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	5	13	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Produktbereich 150, Wirtschaft und Tourismus**Produkt 510.573.010 Kommunale Beteiligungen**

Veränderungsliste der Verwaltung:

Maßnahme 7.15002006 78480000 Eigenkapitalerhöhung GWG Viersen

Ratsfrau Niegeloh bittet um Erläuterung dieser Position in der Veränderungsliste der Verwaltung.

Kämmerer Volmerich führt aus, dass die GWG Viersen AG ggfs. eine Kapitalerhöhung im kommenden Jahr vorsehe. In der ersten Sitzung des HFWA im kommenden Jahr sei beabsichtigt, hierzu Vertreter der GWG vortragen zu lassen um eine konkrete Beschlussfassung vorzubereiten. Würde das Ansinnen durch die GWG Viersen weiterverfolgt, der Rat der Stadt Meerbusch jedoch nicht zustimmen, sänke der Beteiligungsanteil entsprechend. Daher werde der für die Eigenkapitalerhöhung notwendige Betrag zunächst mit Sperrvermerk im Haushalt vorgesehen. Auf Nachfrage erläutert er weiterhin, dass der Erwerb zusätzlicher Anteile nicht möglich sei. Sofern ein Gesellschafter nicht an der Kapitalerhöhung teilnehme, würden die dadurch freiwerdenden Anteile dem Hauptgesellschafter zugeschlagen.

Ratsherr H. Becker erkundigt sich nach der Verzinsung der Anteile. Eine Beantwortung dieser Frage zum Protokoll wird zugesagt.

Anmerkung des Schriftführers: Aufgrund der Rechtsform der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Viersen als Aktiengesellschaft erhält die Stadt Meerbusch als Gesellschafter eine jährliche Dividende. Die genaue Höhe der Verzinsung der eingesetztem Gesellschaftsanteile kann nicht beziffert werden, da sie – wie bei Dividenden üblich – in die jährliche Gewinnausschüttung einfließt und nicht separat erfasst wird.

Produktbereich 160, Allgemeine Finanzwirtschaft**Produkt 160 611 010 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Nr. 10.1-8 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Konto 40110000 Grundsteuer A

Erhöhung der Grundsteuer A

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus.

Ratsherr Jüngerkes erläutert, dass seitens seiner Fraktion keine Zustimmung zum Antrag gegeben werde. Die Grundsteuern A und B seien differenziert zu betrachten und in ihrer Erhebung nicht vergleichbar. Die Anhebung der Grundsteuer A sei in diesem Zusammenhang wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Ratsherr Damblon weist auf den erheblichen Verwaltungsaufwand einer möglichen Anpassung hin. Der Antrag werde abgelehnt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	4	14	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Bürgermeister Bommers verweist auf die in die Beratung einbezogene Veränderungsliste der Verwaltung. Sodann lässt er über den Empfehlungsbeschluss an den Rat abstimmen.

10.2 Lesung des Haushalts 2022 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2022 einschließlich beschlossener Veränderungen samt Anlagen wird dem Rat in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung gem. § 80 Abs. 4 GO NRW empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			4
UWG	1		
DIE FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	11		7

Bürgermeister Bommers führt aus, dass zunächst die Anträge, die aus den Beratungen der Fachausschüsse an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zur Beschlussfassung verwiesen worden seien, zu beraten wären.

Nr. 10.2-1 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Produkt 010.111.140 Technisches Gebäudemanagement

Maßnahme 7.01012121 – 78510000 Planungskosten neue Sporthallen

Neuer Ansatz über 30.000,- € in 2022 zur Prüfung der Erweiterung des Sporthallenangebots in Meerbusch-Lank

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus. Gemäß den kommunizierten Bedarfen und vor dem Hintergrund der möglichen Errichtung einer neuen Sporthalle an der zu realisierenden Grundschule im Areal Böhler II in Büderich sollten Planungskosten für eine Halle in Lank fixiert werden.

Ratsherr Damblon führt aus, dass der vorhandene Ansatz für Planungskosten ohne einen Standortbezug beibehalten werden sollte. Konkrete Schritte sollten bis zur Entscheidung über den Schulstandort in Büderich abgewartet werden.

Ratsherr Jörgens erörtert, dass Planungskosten für eine zusätzliche Halle grundsätzlich sinnvoll seien, jedoch erst für das Jahr 2023, da die Priorität des kommenden Jahres im Bereich Schule liegen müsse.

Ratsherr Damblon ergänzt, dass zunächst keine Zustimmung hierzu gegeben werde. Eine entsprechende Beantragung für das Jahr 2023 sei vor dem Hintergrund der anstehenden Maßnahmen im kommenden Jahr sachgerechter.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	8	10	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nr. 10.2-2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Produkt 030.241.010 Schülerbeförderung

Konto 52912000 Schülerbeförderung

Erhöhung des Ansatzes um 40.000 € zur Verbesserung der Beförderung von Grundschulkindern

Ratsfrau Neukirchen führt zu den Inhalten des Antrages aus.

Ratsherr Schoenauer regt an, dass der Ausschuss für Schule und Sport auf Grundlage einer Beschlussvorlage über das weitere Vorgehen entscheiden solle. Hier sollten Infos zum betroffenen Personenkreis und zu den Kosten dargestellt und zur Grundlage gemacht werden. Aktuell lägen noch keine fundierten Grundlagen für eine Entscheidung vor.

Ratsfrau Niegeloh erklärt ihre Ablehnung zum vorliegenden Antrag, stimmt jedoch der Intention der Verbesserung der Schülerbeförderung zu.

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Umfängen der Schülerbeförderung in Lank und den Rheingemeinden aus. Die Kosten für ein solches Zusatzangebot wie beantragt lägen zwischen 80.000,- € und 100.000,- €.

Ratsherr Jörgens erklärt seine Zustimmung zu einer vorherigen Beratung des Themas im Ausschuss für Schule und Sport.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt, dass der Antrag zurückgezogen werde um die Beratungen des Ausschusses für Schule und Sport abzuwarten.

Nr. 10.2-3 Antrag der CDU-Fraktion

Produkt 080.421.010 Bereitstellung von Sportmöglichkeiten

Konto 53170000 Zuwendungen an private Unternehmen

Erhöhung des Ansatzes um 25.000 € zwecks Zuschusses an die St.-Sebastianus-Schützenbruderschaft Büderich e.V. für eine neue Lüftungsanlage am Schießstand Hülsenbuschweg

Ratsherr Damblon führt zum Antrag aus.

Ratsherr M. Becker erklärt, dass keine Zustimmung gegeben werde, da frühere Anträge zur Sonderförderung von Vereinen stets abgelehnt worden seien.

Ratsherr Damblon erläutert auf Nachfrage, dass die Belüftung der Anlage nicht mehr den geltenden Richtlinien entspreche. Die Anlage sei rund 20 Jahre alt und habe keine weitere Genehmigung erhalten.

Ratsfrau Niegeloh erklärt ihre grundsätzliche Unterstützung zum Erhalt von Sportanlagen, aber die Haushaltsslage lasse dies aktuell nicht zu.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		4	
UWG		1	
DIE FRAKTION		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	10	8	

Der Antrag ist somit angenommen.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Beratungen und Entwürfe zu den Produktbereichen des Haushaltes beschließen. Die vorstehenden Beschlüsse und die Veränderungsliste aus den Ausschüssen sowie die Liste der Sperrvermerke würden hierin einbezogen.

Produktbereich 010 Innere VerwaltungAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 020 Sicherheit und OrdnungAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 030 SchulträgeraufgabenAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 040 Kultur und WissenschaftAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 050 Soziale LeistungenAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / FamilienhilfeAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 080 SportförderungAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	15	1	2

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFOAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 100 Bauen und WohnenAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			4
UWG	1		
DIE FRAKTION			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	11		7

Produktbereich 110 Ver- und EntsorgungAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 120 Verkehrsflächen / -anlagen, ÖPNVAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 130 Natur- und LandschaftspflegeAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 140 UmweltschutzAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 150, Wirtschaft und TourismusAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

Produktbereich 160, Allgemeine FinanzwirtschaftAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			4
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	12		6

Produktbereich 170 StiftungenAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	4		
UWG	1		
DIE FRAKTION	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	16		2

11 Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung des Vorsitzenden

Vorlage: ZD/1444/2021

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, den Direktor des Arbeitsgerichtes Krefeld, Herrn David Hagen, Preußenring 49, 47798 Krefeld zum Vorsitzenden der Einigungsstelle zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr H. Becker nimmt an der Abstimmung nicht teil.

12 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

13 Anfragen

13.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2021 bzgl. Umsetzung Klimaresolution

Vorlage: BJ/0177/2021

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert zur Anfrage, dass zahlreiche verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang zur Resolution für mehr Klimaschutz durch die Verwaltung anberaumt würden. Hierzu zählten u.a. die Entsiegelung und Begrünung von Flächen, aktuell etwa auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz sowie dem Schulhof des Mataré-Gymnasiums, die Vorgaben zur verpflichtenden Dachbegrünung sowie etwaige Förderungen rund um das nachhaltige Bauen, der Ausbau des Radwegenetzes, die Förderung zur Anschaffung von e-Lastenrädern, die Aktionen zur Aufklärung und Information der Bevölkerung, insbesondere durch die Klimawoche sowie die Erstellung von Konzepten und Strategien zur Mobilität, zur Nachhaltigkeit und zur Entwicklung der Wirtschaftswege. Im interkommunalen Vergleich sei die Stadt Meerbusch im Bereich des Klimaschutzes gut aufgestellt.

Ratsfrau Dr. Schomberg führt aus, dass gemäß dem Wirtschaftswegekonzept obsoleete Wege ursprünglich renaturiert werden sollten, stattdessen würden sie in einzelnen Fällen nun an Landwirte veräußert. Hierzu erläutert Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass eine Renaturierung nicht in allen Fällen sinnvoll und nachhaltig möglich sei. Dies müsse daher im Einzelfall geprüft werden.

13.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2021 bzgl. Besetzung offener Stellen

Vorlage: BJ/0178/2021

Herr Fachbereichsleiter Olbertz nimmt wie folgt zur Anfrage der SPD-Fraktion Stellung:

Frage: Welche Auswirkungen hat die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Dichte von umliegenden Verwaltungsstandorten bei der Besetzung offener Stellen?

Antwort: Die derzeitige hohe Nachfrage nach Fachkräften am Arbeitsmarkt führt zusammen mit der genannten hohen Dichte an umliegenden Verwaltungen zu einer hohen Konkurrenz der potentiellen

Arbeitgeber untereinander und im Ergebnis zum Rückgang der Zahlen von Bewerbungen zu ausgeschriebenen Stellen. Daneben ist es in jüngster Vergangenheit vergleichbar häufiger als in der Vergangenheit dazu gekommen, dass eingeladene Bewerberinnen und Bewerber ihre Vorstellungstermine absagten oder ohne Angabe von Gründen nicht zum Gespräch erschienen. Insgesamt ist die angestrebte „Bestenauswahl“ deutlich schwieriger geworden.

Frage: Gibt es aktuell einen Stau bei der Besetzung von offenen Stellen? Wenn ja, wo und was tut die Verwaltung dagegen?

Antwort: Schwierigkeiten zur Besetzung offener Stellen gibt es besonders im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Dies ist einerseits begründet in der stetig wachsenden Zahl der Betreuungsplätze für Kinder sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch im Bereich der Ganztagsbetreuung an Schulen sowie andererseits in der nicht in gleichem Maß wachsenden Ausbildungskapazität an den Berufsfachschulen. Die Verwaltung schaltet regelmäßig Anzeigen zur Besetzung offener Stellen, steht im Kontakt mit den Berufsfachschulen im Umkreis, nimmt an „Messen“ der Schulen teil, bietet in den Einrichtungen Praktika an, hat die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht, um hierdurch junge Mitarbeitende für die Arbeit in Meerbusch zu gewinnen. Die Kommunikationswege bei Ausschreibungen sollen zukünftig auch intensiver über die sozialen Medien unterstützt werden.

Des Weiteren bestehen im Bereich der technischen Berufe, d.h. Techniker und insbesondere Ingenieurinnen und Ingenieure, Stellenbesetzungsprobleme. Hier wird versucht durch das Angebot von Praktikumsstellen und Beschäftigungsmöglichkeiten für studentische Mitarbeiter, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Die Fragestellung, ob insbesondere Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure zukünftig in einer höheren Entgeltgruppe anzubieten sind (EG 12 TVöD), um im Vergleich zu Nachbarkommunen eine konkurrenzfähige Vergütung bieten zu können, wird derzeit noch geprüft. Hier kommt es u.U. im Jahr 2022 zu einer Beratungsvorlage zur Anpassung von Stellenausweisungen. Zur Gewinnung und auch zur Bindung von qualifizierten technischen Mitarbeitenden wird zudem in Einzelfällen von der tariflichen Möglichkeit der befristeten Zahlung einer Fachkräftezulage, die bis zu 1.000 € monatlich möglich ist, Gebrauch gemacht.

Frage: Welche konkreten Auswirkungen hat die Nichtbesetzung von ausgeschriebenen Stellen?

Antwort: Die Nichtbesetzung kann allgemein zur Verschiebung von Aufgabenerledigungen, zur Verlängerung von Bearbeitungszeiten und zu Mehrarbeiten bei den vorhandenen Mitarbeitenden führen. Im Bereich der Kindertagesstätten kann u.U. die Betreuung einzelner Gruppen gefährdet sein.

Frage: Welche Anreize kann die Stadt Meerbusch setzen, um Fachkräfte zu gewinnen?

Antwort: Im o.g. technischen Bereich sind dies dort auch erwähnten Fachkräftezulagen und eine mögliche Verbesserung der Einstufung. Im Allgemeinen sind dies natürlich auch die Darstellung der flexiblen Arbeitszeit ohne Kernzeiten, der wesentlich weiter ausgebauten Möglichkeit zum mobilen Arbeiten, der betrieblichen Altersversorgung durch die tarifliche Zusatzversorgung, der Zahlung eines jährlichen Leistungsentgelts, der Beschäftigung in einer Behörde mit interessanten und im Vergleich zu größeren Verwaltungen nicht so eingeschränkten Tätigkeitsfeldern und eigenen Gestaltungsmöglichkeiten verbunden mit Verantwortlichkeiten. Daneben sind Job-Tickets, Darlehen beim Kauf von E-Bikes, gut ausgestattete Arbeitsplätze und vielfältige Angebote im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements zu nennen.

Frage: Könnte die Ausweitung des Angebots von bezahlbarem Wohnraum helfen, Fachkräfte zu gewinnen?

Antwort: Ja, dies könnte insbesondere Interessenten für Ausbildungsstellen, jüngere Fachkräfte und junge Familien mit Kindern in ihrer Entscheidung unterstützen, hier eine Stelle anzutreten. Aller-

dings ist auch zu beachten, dass die Wege von hier zu den Nachbarstädten und ihren Arbeitsplätzen nicht weit sind.

Frage: Ist die Platzsituation innerhalb der Verwaltung ausreichend, um die neu geschaffenen Stellen adäquat unterzubringen? Wenn nein, hat die Verwaltung bereits Lösungsoptionen entwickelt?

Antwort: Bereits jetzt gibt es in den Verwaltungsstandorten Wittenberger Str. und Bommershöfer Weg Raumprobleme, die sich bei der Unterbringung zusätzlichen Personal verschärfen würden. Derzeit wird für diese beiden Standorte geprüft, ob sich im Rahmen der wesentlich ausgebauten Nutzung zum mobilen Arbeiten Möglichkeiten ergeben, Räume intelligenter zu nutzen und dort insgesamt mehr Mitarbeitende unterzubringen.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Bürgermeister Bommers erklären die Fraktionsvorsitzenden, dass vor dem Hintergrund des Infektionsschutzes und dem damit einhergehenden Ziel einer möglichst kurzen Sitzung einem Verzicht auf die diesjährigen Haushaltsreden in der kommenden Sitzung des Rates zugestimmt werde.

15 Termin der nächsten Sitzung: 10. Februar 2021

16 Verschiedenes

Neues „Fahrradgesetz“

Ratsfrau Niegeloh führt aus, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Mobilität seitens der Verwaltung ausgeführt worden sei, dass das neue „Fahrradgesetz“ noch nicht in Kraft getreten sei. Nach ihr vorliegenden Informationen sei dies jedoch bereits zum 04.11.2021 geschehen. Sie bittet daher die Verwaltung, dies nochmals zu prüfen.

Gendergerechte Sprache

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass ihr bislang kein etwaiger Beschluss über den Sprachgebrauch im Ortsrecht bekannt gemacht worden sei. Sie gehe daher davon aus, dass ein solcher Beschluss nicht existiere und bittet die Verwaltung um Prüfung, inwiefern der gendergerechten Sprache Rechnung getragen werden könne.

Gleichstellungsbeauftragte Müllejans weist darauf hin, dass es eines solchen Beschlusses nicht bedürfe, da die geschlechterneutrale Sprache bereits gesetzlich geregelt sei.

Bürgermeister Bommers stimmt dem zu und weist darauf hin, dass dieses Thema entsprechend bereits durch die Verwaltung geprüft werde.

PCR-Lolli-Tests in der Kindertagespflege

Im Zusammenhang zur Einführung von PCR-Lolli-Tests in Kindertageseinrichtungen erkundigt sich Ratsherr Fliege ob dies auch bei Einrichtungen von Tageseltern beabsichtigt sei.

Erster Beigeordneter Maatz weist darauf hin, dass die Verwaltung hierzu noch im Austausch mit dem Land NRW stehe.

Kennzeichnung im Goldenen Buch der Stadt im Zusammenhang zu Missbrauchsfällen im Erzbistum Köln

Ratsfrau Glasmacher regt an, den Eintrag des Weihbischofes Schwaderlapp im Goldenen Buch der Stadt mit einem Hinweis hinsichtlich der gutachterlich festgestellten Pflichtverletzungen im Zusammenhang zu Missbrauchsfällen im Erzbistum Köln zu kennzeichnen. Sie stellt hierzu der Verwaltung das entsprechende Gutachten zur Verfügung.

Meerbusch, den 15. Dezember 2021

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer